

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 13. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 14. September 2005
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Roman Meury
Heinz Giger
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Armin Bieri
Joel Wartenweiler
Guido Beretta
Nicole Nüssli

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Nachrücken von Catherine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion, für den
zurückgetretenen Stefan Brügger, CVP-Fraktion Geschäft 3602
2. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Wahl eines Ersatzmitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungs-
kommission für den zurückgetretenen Stefan Brügger, CVP-Fraktion Geschäft 3618
3. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Nachrücken von Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den
zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3624

4. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3625
5. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3626
6. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes in die Umweltkommission für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3627
7. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3628
8. Bericht des Gemeinderates vom 06.07.2005 betreffend Stellungnahme und Erläuterungen des Gemeinderates Allschwil zu den Forderungen und Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission im Zusammenhang mit dem Prüfungsbericht zur 'Friedhoferweiterung' (Geschäft 3102C) Geschäft 3611
9. Bericht des Gemeinderates vom 30.08.2005 betreffend Leistungspostulate pro 2006, Stellungnahme und Anträge des Gemeinderates Geschäft 3621
10. Bericht des Gemeinderates vom 17.08.2005 betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 282'000.-- für die Erstellung einer Urnennischenwand
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 106'000.-- für die Erstellung eines Gemeinschaftsgrabes
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 363'000.-- für die Erstellung eines Urnengrabes im Hain Geschäft 3622
11. Interpellation der Geschäftsprüfungskommission vom 25.05.2005 betreffend Umsetzung des Friedhofskonzeptes Geschäft 3606
12. Bericht des Gemeinderates vom 08.06.2005 betreffend Abrechnung über einen Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 900'000.-- für die Beschaffung eines Modulfahrzeuges und eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges Geschäft 3290B
13. Bericht des Gemeinderates vom 17.08.2005 betreffend Pflegewohnungen in Allschwil (Postulat von M. Wagner, SP-Fraktion, vom 21.01.2004) Geschäft 3499A
14. Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 20.04.2005 betreffend Fördermassnahmen berufliche Integration Geschäft 3600
15. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Blaj Geschäft 3603

16. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend
Aufhebung der Partnerschaft mit Pfullendorf Geschäft 3604

17. Interpellation von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, vom 20.04.2005, betreffend
"Einsprache von Allschwil gegen den Röhrenspeicher für Erdgas" Geschäft 3599

Der Protokollführer

.....

Einwohnerratsprotokoll Nr. 13 vom 14.09.2005

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Iris Zihlmann-Glanzmann

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Iris Zihlmann-Glanzmann, Einwohnerratspräsidentin, begrüsst die Anwesenden zur ersten Einwohnerratssitzung nach der Sommerpause. Sie bittet darum, die Voten möglichst kurz zu halten, um einen effizienten Sitzungsablauf zu gewährleisten.

Sie teilt mit, dass die Einwohnerratssitzung vom 21.09.2005 **nicht** stattfinden wird.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

Neue parlamentarische Vorstösse

Eingereicht wurden:

Postulat von Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, betreffend Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe, 1. – 5. Klasse (Geschäft 3635).

Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend Gewähren der Sicherheit der Velofahrerinnen und Velofahrer durch Markierungen der bisher unmarkierten kantonalen Velowege in Allschwil (Geschäft 3634).

Motion von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS) / einmaliger Beitrag, (Geschäft 3633).

Motion von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS) / jährlicher Beitrag (Geschäft 3632).

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

Mit Schreiben vom 30.08.2005 gibt Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion, aus beruflichen Gründen ihren sofortigen Rücktritt aus der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission bekannt.

Mit Schreiben vom 14.09.2005 hat Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, ihren Rücktritt als Ersatzmitglied per 19. Oktober 2005 aus der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen bekannt gegeben.

Mit Schreiben vom 14.09.2005 hat Felix Keller, CVP-Fraktion, seinen Rücktritt als Mitglied der Verkehrs- und Planungskommission per 19. Oktober 2005 bekannt gegeben.

97	01.030 01.020	Einwohnerrat Abstimmungen, Wahlen
----	------------------	--------------------------------------

**1. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Nachrücken von Catherine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion, für den
zurückgetretenen Stefan Brügger, CVP-Fraktion Geschäft 3602**

://: Vom Nachrücken von **Catherine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion**, für den zurückgetretenen Stefan Brügger, CVP-Fraktion, wird Kenntnis genommen.

MITTEILUNG AN:

Catherine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion
Felix Keller, CVP-Fraktion, Fraktionssprecher
Stefan Brügger, CVP-Fraktion, Präsident CVP Allschwil
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

98 01.030 Einwohnerrat
 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
 01.020 Abstimmungen, Wahlen

**2. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Wahl eines Ersatzmitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungs-
kommission für den zurückgetretenen Stefan Brügger, CVP-Fraktion
Geschäft 3618**

://: Als Ersatzmitglied für den zurückgetretenen Stefan Brügger, CVP-Fraktion, in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, wird in stiller Wahl **Catherine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion**, gewählt.

MITTEILUNG AN:

Catherine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion (als Wahlanzeige)
Felix Keller, CVP-Fraktion, Fraktionssprecher
Stefan Brügger, CVP-Fraktion, Präsident CVP Allschwil
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

99 01.030 Einwohnerrat
 01.020 Abstimmungen, Wahlen

**3. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Nachrücken von Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den
zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3624**

://: Vom Nachrücken von **Mario Bernasconi, SD-Fraktion**, für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion, wird Kenntnis genommen.

MITTEILUNG AN:

Mario Bernasconi, SD-Fraktion
Bruno Steiger, Präsident SD-Fraktion
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

100 01.020 Abstimmungen, Wahlen
 01.030 Einwohnerrat
 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

**4. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes in die Finanz- und Rechnungs-
prüfungskommission für den
zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3625**

://: Als Ersatzmitglied für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion, wird in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission in stiller Wahl **Mario Bernasconi, SD-Fraktion**, gewählt.

MITTEILUNG AN:

Mario Bernasconi, SD-Fraktion (als Wahlanzeige)
Bruno Steiger, Präsident SD-Fraktion
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

101 01.020 Abstimmungen, Wahlen
 01.030 Einwohnerrat
 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission

**5. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes in die Geschäftsprüfungs-
kommission für den zurückgetretenen
Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3626**

://: Als Ersatzmitglied für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion, wird in die Geschäftsprüfungskommission in stiller Wahl **Mario Bernasconi, SD-Fraktion**, gewählt.

MITTEILUNG AN:

Mario Bernasconi, SD-Fraktion (als Wahlanzeige)
Bruno Steiger, Präsident SD-Fraktion
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

102 01.020 Abstimmungen, Wahlen
 01.030 Einwohnerrat
 01.032.005 Umweltkommission

**6. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes in die Umweltkommission
für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3627**

://: Als Ersatzmitglied für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion, wird in die Umweltkommission in stiller Wahl **Mario Bernasconi, SD-Fraktion**, gewählt.

MITTEILUNG AN:

Mario Bernasconi, SD-Fraktion (als Wahlanzeige)
Bruno Steiger, Präsident SD-Fraktion
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

103 01.020 Abstimmungen, Wahlen
 01.030 Einwohnerrat
 01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**7. Bericht des Gemeinderates vom 10.08.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs-
und Planungsfragen für den zurückgetretenen
Nicolas Meier, SD-Fraktion Geschäft 3628**

://: Als Mitglied für den zurückgetretenen Nicolas Meier, SD-Fraktion, wird in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen in stiller Wahl **Mario Bernasconi, SD-Fraktion**, gewählt.

MITTEILUNG AN:

Mario Bernasconi, SD-Fraktion (als Wahlanzeige)
Bruno Steiger, Präsident SD-Fraktion
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv. (Mutationen)

104 01.040 Gemeinderat
01.032.001 Geschäftsprüfungskommission
12.200 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau

**8. Bericht des Gemeinderates vom 06.07.2005 betreffend
Stellungnahme und Erläuterungen des Gemeinderates Allschwil
zu den Forderungen und Empfehlungen der Geschäfts-
prüfungskommission im Zusammenhang mit dem Prüfungsbericht
zur 'Friedhoferweiterung' (Geschäft 3102C) Geschäft 3611**

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erläutert den Bericht des Gemeinderates. Er beginnt seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass man sich nicht mehr am Anfang, aber auch noch nicht am Ende des Weges befinde. Die Aufarbeitung der Thematik sei soweit abgeschlossen, es gehe jetzt um die Umsetzung. Erste Schritte hätten bereits im 2004 stattgefunden. Das Verwaltungscontrolling sei verstärkt worden. Zusammen mit der GPK habe man die Grundlagen erarbeitet, um das Thema „Kreditüberschreitung“ aufarbeiten zu können. Der Gemeinderat habe von sich aus, kurzfristig, die notwendigen Schritte auf personeller und organisatorischer Hinsicht eingeleitet. Diese seien auch schon bekannt gemacht worden. Man habe den Forderungskatalog der GPK, mit den im Gemeinderat selbst geforderten oder bereits umgesetzten Massnahmen verglichen. Der Bericht folgt dem System der GPK. Man schaue nicht mehr zurück, sondern in die Zukunft. Der Gemeinderat löse mit dem vorliegenden Bericht sein Versprechen ein, auf GPK-Berichte, Empfehlungen und Erkenntnisse adäquat zu reagieren. Dies habe man auch bei der Thematik „Wahlbüro“ so gehalten. Der vorliegende Bericht stelle einen Katalog dar, an dem man künftig das Handeln des Gemeinderates messen könne. Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission habe bereits angekündigt, dass die GPK künftig prüfen werde, welche Massnahmen bereits umgesetzt und ob sie wirkungsvoll seien. Der Bericht diene der Transparenz, er soll eine offene und sachliche Diskussion ermöglichen. Die getroffenen Massnahmen könne man dem Bericht entnehmen. Es gebe solche, die sofort umgesetzt worden seien und solche, die erst langfristig Wirkung zeigen werden. Erst die Zukunft könne zeigen, ob alle getroffenen Massnahmen wirkungs- und sinnvoll seien. Die Langfristigkeit sei von besonderer Wichtigkeit. Als Beispiel sei hier die Forderung der GPK genannt, im Gemeinderat vermehrt departementsübergreifend zu denken und zu agieren. Dies werde vom Gemeinderat angestrebt. Hierzu seien bereits entsprechende Arbeitsgruppen ins Leben gerufen worden, in denen vermehrt zusammen gearbeitet wird. Andere Ziele, so genannt „objektive“ seien überprüft worden. Zum Beispiel gebe es wichtige Tools für die Mitarbeiter, welche auch funktionierten. Leider konnte der damalige Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt ein solches Tool („Messerli“) nicht anwenden. Künftig müsse sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter die Ihnen zur Verfügung gestellten Tools auch richtig anwenden können. Hier sei man auf gutem Weg. Ähnlich auch die neuen Controllinginstrumente: Man habe neue Bestimmungen (Finanz- und Leistungsordnung, FILO) ausgearbeitet, die Verantwortlichkeiten seien bis ins letzte Detail festgelegt. Die notwendigen Bestimmungen seien sehr klar formuliert. Man könne also feststellen, dass der Gemeinderat allen Empfehlungen und Forderungen der GPK nachgekommen sei. Es gebe drei Punkte, in denen der Gemeinderat anderer Meinung wie die GPK sei: Die GPK habe gefordert, dass der Departementsvorsteher/die Departementsvorsteherin Finanzen alle Vorlagen auf Kostenrelevanz prüfen solle. Hier sei der Gemeinderat der Meinung, dass die Finanz-Verantwortung nicht allein auf eine Person beschränkt werden könne. Die Kostenverantwortung müsse letztlich der Gesamtgemeinderat tragen. Jeder einzelne Gemeinderat habe sich jedoch

wiederum interdepartemental über die Kostenfolgen einer Vorlage zu orientieren. Weiter habe die GPK eine Datenbank aller Projekte gefordert. Der Gemeinderat vertrete die Ansicht, dass man EDV-mässig zurzeit vollständig abgedeckt sei. Man habe strategische und operative Ebenen in denen eine Kontrolle geführt werde, bis hin zu den Pendenzenlisten jedes einzelnen Mitarbeiters. Hier sei man ausreichend dokumentiert. Als Letztes gehe es um den Vorschlag der GPK, nach dem man alle Projekte ab einem Volumen von CHF 300'000.— begleiten müsse. Der Gemeinderat habe in der Finanz- und Leistungsverordnung genau definiert, welche Projekte begleitet werden müssten. Man könne hier nicht nur am Franken-Betrag anknüpfen. Es gebe viele Projekte, welche über Investitionskredite laufen. Eine Begleitung aller Projekte über CHF 300'000.—würde den Rahmen sprengen. Man werde aber jeweils von Fall zu Fall darüber entscheiden, eine begleitende Arbeitsgruppe einzusetzen. Dies unabhängig von der Art und Höhe des zu verwendenden Kredites. Es gebe nun eine klare Ausgangslage, nicht zuletzt auch dank des GPK-Berichts. Man müsse nun in die Zukunft blicken und darauf achten, ob auch alle Massnahmen ihre Wirkung entfalten.

EINTRETEN unbestritten.

DETAILBERATUNG

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, spricht als Präsident der Geschäftsprüfungskommission dem Gemeinderat den Dank der Kommission für den vorliegenden Bericht aus. Er begrüsse es, dass sich der Gemeinderat mit den Empfehlungen und den Forderungen der GPK auseinandergesetzt habe und bestrebt sei, echte Verbesserungen herbeizuführen. Dies zeige einmal mehr, dass der Gemeinderat seine Verantwortung gegenüber der Gemeinde wahrnehme. Im vorliegenden Fall habe es die GPK für notwendig erachtet, neben den Empfehlungen auch Forderungen zu stellen. Die Forderung nach Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und die Forderung nach einem gewissen Mass von Controlling. Er stellt fest, dass allen Forderungen in der einen oder andern Art nachgekommen worden sei. Auch die Empfehlungen habe der Gemeinderat geprüft. Es sei auch das gute Recht des Gemeinderates, nicht allen Empfehlungen nachzukommen. Die GPK werde aber weiterhin kritisch und wachsam bleiben und die weitere Entwicklung verfolgen.

Der Gemeinderat sei der Meinung, es brauche keinen Codex für eine Amtsübergabe der Departementsvorsteher/-vorsteherinnen. Die GPK nehme das so zur Kenntnis, sie werde aber im Herbst 2008 prüfen, ob die Amtsübergabe beim Legislaturwechsel funktioniert habe. Offenbar gebe es, gemäss Bericht des Gemeinderates, mehrere Tools, welche einen Überblick über die laufenden Projekte verschaffen können. Die GPK könne das nachvollziehen, werde aber auch hier kritisch prüfen, ob die Übersicht gewährleistet sei.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, nimmt namens ihrer Fraktion Stellung: Man sei der Meinung, dass es möglich sei, mit den eingeschlagenen Massnahmen und Schlussfolgerungen wieder auf einen „normalen“ Weg zurückzukommen. Die Forderungen und Empfehlungen seien beinahe vollständig umgesetzt worden. Es werde sicherlich einen grossen Aufwand und eine grosse Umstellung für die Verwaltung bedeuten, man sei aber überzeugt, dass sich die Massnahmen bewähren werden.

Für **Basil Kröppli**, SVP-Fraktion, ist der Bericht zufriedenstellend abgefasst. Alle Forderungen seien erfüllt. In diesem Sinne empfiehlt seine Fraktion die Kenntnisnahme.

Alice Märky, FDP-Fraktion, begrüsst namens ihrer Fraktion, dass die meisten Empfehlungen und Forderungen der GPK umgesetzt würden. Die Schwachstellen seien erkannt und behoben worden. Mit den Controllinginstrumenten könne eine erneute Kostenüberschreitung eigentlich nicht mehr vorkommen. Die FDP-Fraktion könne nachvollziehen, dass nicht allein das Finanzvolumen für eine Projektbegleitung ausschlaggebend sein kann. Gerade im Bereich Tiefbau/Strassenbau/Wasserleitungen sei die Umsetzung der GPK-Empfehlung sehr schwierig. Die FDP-Fraktion empfiehlt Kenntnisnahme.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, und seine Fraktion haben mit Spannung den Bericht des Gemeinderates gelesen. Man könne feststellen, dass der Gemeinderat der Meinung sei, dass grossmehrheitlich die Empfehlungen und Forderungen erfüllt oder nicht nötig seien. Der Gemeinderat attestiere auch, dass seit dem Sommer 2004 zahlreiche Änderungen und Verbesserungen vorgenommen worden seien. Es sei jedoch Aufgabe des Einwohnerrates, im Speziellen der FiReKo und der GPK, mindestens jährlich zu prüfen, ob alles so sei, wie vorgesehen. Aus diesem Grund habe die SP/EVP-Fraktion die GPK gebeten, zu gegebener Zeit folgende Punkte zu prüfen: Stellvertretungen und effektive Verantwortlichkeiten, Zusammenarbeit zwischen den Departementen, Lückenlosigkeit der Kostenüberwachung, Einarbeitungs- und Schulungskonzept für neue Mitarbeiter, Verfahren bei der Freigabe von Budgetkrediten, Gesamtübersicht der Projekte, Qualitätssystem der einzelnen Hauptabteilungen betreffend Pendenzenliste, Amtsübergabe.

Die SP/EVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und hofft, dass somit das Kapitel endgültig verarbeitet werden könne. Die Fraktion nehme Kenntnis vom Bericht.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, als Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, nimmt Stellung zum Bericht. Das vom Gemeinderat im Bericht erwähnte FILO-Handbuch sei sehr ausführlich und leicht zu handhaben. Sie habe dieses Buch intensiv angeschaut und habe festgestellt, dass dieses Handbuch ein gutes Regelwerk sei. Es sei arbeits- und projektbezogen. Sie freue sich darauf, auch weiterhin mit dem Gemeindepräsidenten Dr. Anton Lauber und Finanzvorsteherin Nicole Nüssli so gut zusammen zu arbeiten. Selbstverständlich empfehle auch die FiReKo die Kenntnisnahme des Berichts.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält fest, dass der Gemeinderat mit dem Bericht zeige, dass er das Friedhofdebakel ernst genommen habe. Es sehe wirklich so aus, als ob der Gemeinderat die Wiederholung solcher Vorkommnisse verhindern wolle. Es sei in der Tat das Recht des Gemeinderates, nicht allen Empfehlungen der GPK nachzukommen. Die GPK habe beratende Funktion. Aus Sicht der Exekutive sei das nachvollziehbar. Seine Fraktion bedanke sich ebenfalls beim Gemeinderat für die Bemühungen, die Situation zu verbessern. Die SD-Fraktion gehe davon aus, dass so etwas wie das Friedhofsdebakel nicht noch mal passiere. Mindestens nicht so lange, wie Dr. Anton Lauber Gemeindepräsident sei.

://:

Der Einwohnerrat nimmt einstimmig von den Ausführungen im Bericht Kenntnis.

105	01.040	Gemeinderat
	07.012	Jahresrechnung
	07.011	Finanzplan/Jahreskontoblätter

**9. Bericht des Gemeinderates vom 30.08.2005 betreffend
Leistungspostulate pro 2006, Stellungnahme und Anträge
des Gemeinderates Geschäft 3621**

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, habe sich sehr gefreut, dass Leistungspostulate eingereicht worden seien. Er hoffe, dass dieses Instrument mit der Zeit immer mehr genutzt werde. Das Interessante sei, dass man die Verwaltung damit über die Leistung und nicht nur über die Kosten steuern könne. Dass sich der Gemeinderat intensiv mit den Leistungspostulaten auseinandergesetzt habe, könne man an den detaillierten Ausführungen im Bericht erkennen. Eine vertiefte Leistungsdiskussion sei für ihn sehr positiv.

Zum ersten Leistungspostulat, Standort- und Wohnortmarketing, von Barbara Selinger, dass eine steuerliche Begünstigung von Allschwiler Firmen gewährt wird, welche Lehrstellen für Jugendliche anbietet, führt er Folgendes aus: Zunächst sei festzustellen, dass Steuererleichterungen grundsätzlich vom Kanton zu bewilligen seien. Allschwil habe hier keinen

Einfluss darauf. Man habe trotzdem beim Kanton nachgefragt, wie eine mögliche Lösung aussehen könnte. Die Steuerverwaltung habe mitgeteilt, dass es nicht vorgesehen sei, für neue Betriebe mit Lehrstellenangebot weitere Steuererleichterungen zu gewähren. Der Argumentation des Kantons schliesse sich der Gemeinderat an. Ein Argument sei, dass gerade neu gegründete Betriebe besondere Schwierigkeiten in der Start-up-Phase hätten, Lehrlinge zu beschäftigen. Man gehe auch davon aus, dass eine solche Massnahme nicht besonders genutzt werden könnte.

EINTRETEN unbestritten.

Geschäft No. 3621.1

Leistungspostulat Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion vom 22.06.2005 betreffend **Produktegruppe (Leistungsauftrag) 175: ‚Standort- und Wohnortmarketing, Wirtschaftsförderung‘**

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, führt zu ihrem Postulat aus, dass sie mit dem Postulat beabsichtigt habe, die Steuererleichterung bei Firmenneugründungen mit der Bedingung zu verknüpfen, gleichzeitig auch Lehrstellen zu schaffen. In der heutigen Zeit sei die Jugendarbeitslosigkeit ein grosses Thema. Sie habe erfahren, dass sich kaum einer für die Jugendlichen einsetze. Dies habe sie sehr betroffen gemacht. In Binningen zum Beispiel habe sich noch bis vor ca. 2 Jahren kaum ein Schulabgänger an die Regionale Arbeitsvermittlung gewandt, heute seien es täglich mehrere Anrufe. Dies sei der Beweggrund für ihr Postulat gewesen. Sie verstehe aber auch die Haltung des Gemeinderates und dessen Begründung für die Ablehnung.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, unterstützt namens ihrer Fraktion die Stellungnahme und den Antrag des Gemeinderates. Auch die FDP-Fraktion möchte zunächst die Antwort des Regierungsrates für ein ähnlich lautendes Postulat auf kantonaler Ebene abwarten. Die FDP-Fraktion lehne daher das Leistungspostulat ab.

://: Das Leistungspostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, betreffend Produktegruppe 175 "Standort- und Wohnortmarketing, Wirtschaftsförderung" wird **mit 22:11 Stimmen abgelehnt**.

Geschäft No. 3621.2

Leistungspostulat Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion vom 10.07.2005 betreffend **Produktegruppe (Leistungsauftrag) 195: ‚Partnerschaften‘**

Die Postulantin **Verena Meschberger**, SP/EVP-Fraktion, fühlt sich geehrt, dass der Gemeinderat in seinem Bericht knapp drei von siebeneinhalb Seiten ihrem Postulat gewidmet habe. Die acht angeführten Punkte seien ebenso gültige und valide Argumente wie ihr eigenes Hauptargument, nämlich, dass die Partnerschaft mit Blaj genauer geregelt werden sollte. Selbstverständlich sei ihr bewusst, dass nach einer eventuellen Annahme des Postulates genauere Abklärungen notwendig würden. Sie ist der Ansicht, dass sich sicher ein Weg finden würde, sofern der Wille dazu vorhanden wäre. Man könne sich darüber streiten, was humanitäre Hilfe sei und ob das in Bezug auf Blaj dem Terminus „Wirtschaftsförderung“ entgegenstehe. Ob die Unterstützung eines Ortes in einem Transitionsland wie Rumänien mehr oder weniger gerechtfertigt sei, wie diejenige eines Bergdorfes in der Schweiz, sei diskutabel. Sie erinnert in dem Zusammenhang an die abgelehnte Motion von Bruno Steiger. Die gemeinderätlichen Argumente wie unkomplizierte Führung der Partnerschaft habe sie letztlich zur Überzeugung gebracht, dass ihr Leistungspostulat berechtigt sei. Sie habe das Gefühl, dass seit dem Rücktritt von Ruth Greiner die Begeisterung für Blaj nicht mehr allzu gross sei. Sie bittet das Plenum ihrem Leistungspostulat Folge zu leisten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält das Leistungspostulat von Verena Meschberger für eine „Stürmerei“. Der Gemeinderat habe ausführlich begründet, warum das Postulat abgelehnt werden sollte. Er begrüsst die Haltung des Gemeinderates. Auch in der Schweiz existiere genug Armut in der Bevölkerung. Es könne nicht sein, dass man zuerst Geld ins Ausland schaffe anstatt im eigenen Land zu helfen. Er appelliert an Verena Meschberger, das Postulat zurückzuziehen. Der Gemeinderat habe begründet, warum das Postulat auch gesetzlich fast nicht durchzusetzen sei. Er befürchtet, dass mit dem Postulat die Partnerschaft zu einem Fass ohne Boden wird. Seine Fraktion lehne das Postulat klar ab.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, betont zunächst, dass ihre Fraktion voll hinter der Partnerschaft stehe. Mit dem Leistungspostulat habe man aber Mühe. Ihre Fraktion sei der Ansicht, dass der Gemeinde nicht noch mehr Aufgaben übertragen werden sollten. Vor allem sollten die Aufgaben der Gemeinde für die Partnerschaft nicht noch weiter institutionalisiert werden. Die bisherige Praxis mit der Begleitgruppe Blaj habe sich bewährt und sollte in diesem Sinne weitergeführt werden.

Hans-Peter Frey, FDP-Allschwil, lehnt im Namen seiner Fraktion das Postulat ebenfalls ab. Vor allem solle man nicht mit einer „Spezialkasse“, d.h. einem Fonds, Gelder anhäufen. Es bestehe die Gefahr, dass hier letztlich die Kontrolle über diese Gelder verloren gehe. Dies müsste auch im Sinne der Kontrollkommissionen sein. Die Budgethoheit liege nur beim Einwohnerrat, dieser müsse und könne die beantragten Gelder bewilligen. Aus diesen Gründen lehne seine Fraktion das Postulat ab.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, schliesst sich dem Votum von Hans-Peter Frey, FDP-Fraktion, an. Die Schaffung eines Fonds berge die Gefahr, dass andere Personen als der Einwohnerrat über die Gelder verfügen. Dies sei ihm sehr unsympathisch. Im Übrigen gehe es hier nicht um die grundsätzliche Existenz der Partnerschaft mit Blaj. Dies müsse man im Zusammenhang mit den eingereichten Motionen betreffend Partnerschaften diskutieren. Er sieht auch die Gefahr, dass das Leistungspostulat der Partnergemeinde Blaj nicht dienlich sein könnte. Damit würde die politische Diskussion um Blaj nur noch weiter verschärft. Er empfehle die flexible und unkomplizierte Art, welche bisher schon praktiziert wurde.

Für **Basil Kröpfli**, SVP-Fraktion, stellt sich die Grundsatzfrage, ob es Aufgabe der Gemeinde sei, Gelder wie eine Bank zu verwalten. Er hält es für falsch, Darlehen zu geben. Es bestehe auch die Gefahr, dass die Gelder nicht zurückgezahlt würden. Die Einforderung der offenen Positionen sei, gerade auch im internationalen Verhältnis sehr schwierig. In diesem Sinne unterstützt er die Haltung des Gemeinderates.

://:

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wird das Leistungspostulat von Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, betreffend Produktgruppe 195 "Partnerschaften" **mit 23: 11 Stimmen abgelehnt.**

Geschäft No. 3621.3

Leistungspostulat Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion vom 22.06.2005 betreffend **Produktgruppe (Leistungsauftrag) 761: ‚Freie Sozialberatung‘**

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, erläutert, dass sie vor ca. einem Jahr das Allwo kennengelernt habe. Sie sei sehr begeistert gewesen. Als Einwohnerrat habe man die Möglichkeit auf die Verwaltung einzuwirken. Die Verwaltung sei transparent. Mit der Zeit sei sie jedoch enttäuscht worden. In den Geschäftsberichten 2003 und 2004 habe man immer relativ kritische Berichte über die Sozialberatung abgeliefert. Aufgrund dieser Informationen habe sie die Leistungspostulate 3621.3 und 3621.4 eingereicht, damit hier eine Verbesserung stattfinden könne. Die Warteliste zwischen der ersten Kontaktaufnahme und der ersten Beratung werde immer länger. Hier bestehe Handlungsbedarf.

Alice Märky, FDP-Fraktion, kann bestätigen, dass die Sozialhilfebehörde und die Vormundschaftsbehörde in der Tat sehr stark belastet seien. In den letzten Jahren hätten die Fälle zugenommen. Es würden zurzeit Kennzahlen ermittelt und zwischen den Gemeinden ausgetauscht. Es sei von Vorteil, zunächst die Auswertung der Kennzahlen abzuwarten. Falls es dann eine weitere Stelle brauche, werde der Departementsvorsteher dieses Anliegen verfolgen. Die FDP-Fraktion lehne aus diesen Gründen beide Postulate ab.

Der Departementsvorsteher Soziale Dienste, **Arnold Julier**, führt aus, dass es tatsächlich eine Fallzunahme gebe. Trotzdem sei gegenüber dem Jahr 2003 die Zeitspanne zwischen erstem Kontakt und Beratung zurückgegangen. Der Gemeinderat sage nicht prinzipiell Nein gegen eine Personalaufstockung. Zunächst müssten jedoch die Kennzahlen ermittelt werden. An diesem Projekt mehrerer Gemeinden nehme auch Allschwil teil. Man wolle sich mit Hilfe der erfassten Kennzahlen mit anderen Gemeinden vergleichen. Erst aufgrund dieser Erkenntnisse könne man wirkungsvolle Massnahmen einleiten. Im Übrigen gelte immer noch der vom Einwohnerrat verhängte Personalstop. Dies mache es nicht einfacher.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, hängt bei der Personalproblematik ein. Ihres Wissens sei man ja um ca. 500 Stellenprozente unter dem bewilligten Sollstellenplan. Ausserdem sei bei der Kunsthistorikerin auch eine Anstellung über den Personalstop hinweg möglich gewesen. In Bezug auf die Vormundschaftsbehörde führt sie aus, dass der Geschäftsbericht sogar von der Angst vor Fehlentscheiden wegen Überlastung rede. Also müsse hier doch wirklich Handlungsbedarf bestehen. Sie habe erwartet, dass der Gemeinderat auf diese Missstände reagiere.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, entgegnet, dass man sehr wohl reagiert habe, sogar noch vor dem Leistungspostulat. Er halte, neben der Dauer bis zur ersten Beratung, vor allem die Qualität der Beratung für sehr wichtig. Die Vorbereitung eines Beratungsgesprächs brauche auch Zeit. Im Postulat werde verlangt, dass innert drei Tagen die erste Beratung stattfinden solle. Dies sei aber nicht realistisch. Die Erfassung der Kennzahlen könne dazu beitragen, dass man genau bestimmen könne, wo Handlungsbedarf sei. Dies könnten personelle, technische oder organisatorische Massnahmen sein.

://:

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wird das Leistungspostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, betreffend Produktegruppe (Leistungsauftrag) 761: ‚Freie Sozialberatung‘ **mit 24: 12 Stimmen abgelehnt.**

Geschäft No. 3621.4

Leistungspostulat Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion vom 22.06.2005 betreffend **Produktegruppe (Leistungsauftrag) 763: ‚Leistungen im Bereich Vormundschaft‘**

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, nimmt wieder Bezug auf das soeben Gesagte. Sie könne nicht verstehen, warum man auf die in den Geschäftsberichten angesprochene Angst vor Fehlentscheiden nicht reagieren würde. Die Analyse der Kennzahlen dauere mindestens ein halbes Jahr, die weitere Planung bedürfe ebenso einiger Zeit. Sie möchte, dass man schneller handle, damit erst gar kein Fehlentscheid passieren könne. Die Formulierungen im Geschäftsbericht hält sie für dramatisch genug, um jetzt zu handeln.

Basil Kröppli, SVP-Fraktion, warnt vor der Tendenz, in jedem Amt, welches über Überlastung klage, auch gerade eine neue Stelle zu schaffen. Er befürwortet die Haltung des Gemeinderates. Wenn sich nach genauer Analyse tatsächlich Personalmangel als Ursache herausstelle, könne man immer noch eine Aufstockung machen.

Auch für **Giulio Vögelin**, SP/EVP-Fraktion, ist es befremdend, wenn Fehlbeurteilungen der Vormundschaftsbehörde mit Arbeitsüberlastungen entschuldigt werden. Offenbar sei man auf der Vormundschaftsbehörde wirklich „am Anschlag“. Dies bedeute für ihn aber, dass man schnell und klar reagieren müsse. Ein Teil der Zahlen müssten ja schon vorliegen. Personalbedarf sei sicher schon erkannt. Es brauche sicher ausgebildete Personen, welche die Beratungsgespräche führen müssten. Der Sollstellenplan lasse ja auch die Anstellung weiterer Personen zu. Bis jetzt würden die bereitgestellten Mittel durch die Exekutive nicht ausgeschöpft.

Departementsvorsteher **Arnold Julier**, präzisiert, dass lediglich 15 Stellenprozent in diesem Bereich nicht ausgeschöpft seien. Ausserdem sei immer ein Praktikant oder eine Praktikantin anwesend. Diese arbeite auch sehr gut im Sozial- und Vormundschaftsbereich.

Max Amsler, SD-Fraktion, ist der Ansicht, dass man zwischen Sozialbehörde und Vormundschaftsbehörde unterscheiden müsse. Bei der Vormundschaftsbehörde müssten häufig rechtliche Sachen abgeklärt werden, dies dauere meist etwas länger. Bei der Sozialbehörde sei der Handlungsspielraum durch die Gesetze genau vorgegeben. Er ist mit dem Gemeinderat der Ansicht, dass es nicht immer nur um die Schaffung neuer Stellen gehen kann. Dies hätte letztlich auch Auswirkungen auf den Steuerfuss. Er glaube nicht, dass jemand überlastet sei.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat dafür, dass man es offenbar begrüsse, wenn Leistungspostulate eingereicht würden. Vor acht Jahren habe man dies bereits probiert. Das Fazit sei damals das gleiche wie heute: bis jetzt sei alles gut, warum solle man etwas ändern? Es wurde damals schon alles abgelehnt. Zum Thema der Praktikanten und Praktikantinnen sei zu sagen, dass dies Auszubildende seien. Diese sollen und können nicht die Arbeit von Fachkräften übernehmen. Diese Personen müssen trotzdem begleitet werden. Es bedürfe an diesen Stellen unbedingt der Einsatz von Fachkräften. Fachkräfte können schnell und effizient arbeiten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erinnert an die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder. Man könne die Aufgaben und Verantwortung nicht an die öffentliche Hand abschieben. Die Vormundschaftsbehörde werde häufig angerufen, da die Eltern die Eigenverantwortung nicht wahrnehmen. Diesem Trend solle man nicht nachleben. Hier sei auf andere Art und Weise steuernd einzugreifen. Mit der Einstellung einer weiteren Person bekämpfe man nur die Symptome, nicht die Ursache. Der Mittelstand werde immer mehr zur Kasse gebeten. Er befürwortet die Haltung des Gemeinderates. Man könne den Praktikanten und Praktikantinnen auch Verantwortung übertragen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, wehrt sich gegen die Auffassung von Bruno Steiger. Man bekämpfe die Symptome nicht, indem man die Leistung dahin bringe, „wo gerufen werde“. Man müsse nicht die Symptome, sondern die Wurzel bekämpfen. Dies sei aber Aufgabe der Gesellschaft, nicht der Vormundschafts- und der Sozialhilfebehörde. Diese müsse schnell und effizient Hilfe leisten können. Er ist der Ansicht, dass man Auszubildenden diese Verantwortung nicht übertragen solle und dürfe. Er vergleicht dies mit Praktikanten in der Schule. Hier gebe es sofort Reklamationen, wenn unter der alleinigen Aufsicht eines Praktikanten etwas passiere.

://:

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wird das Leistungspostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, betreffend Produktegruppe (Leistungsauftrag) 763: ‚Leistungen im Bereich Vormundschaft‘ **mit 22:16 Stimmen abgelehnt.**

**10. Bericht des Gemeinderates vom 17.08.2005 betreffend
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 282'000.--
für die Erstellung einer Urnennischenwand
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 106'000.--
für die Erstellung eines Gemeinschaftsgrabes
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 363'000.--
für die Erstellung eines Urnengrabes im Hain Geschäft 3622**

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, erläutert den Grund der Vorlage. Hiermit wolle der Gemeinderat transparent machen, was auf dem Friedhof noch alles zu tun sei und was dies noch kosten werde. Sie bittet den Rat, auf das Geschäft einzutreten.

EINTRETEN unbestritten.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, erläutert die drei beantragten Verpflichtungskredite detailliert. Mit dem ersten Kredit solle eine Urnennischenwand erstellt werden, da die Urnenbodennischen überhaupt nicht befriedigen würden. Eine Rückkehr zu den Urnennischenwänden entspreche ganz klar dem Wunsch eines Grossteils der Bevölkerung. Dies sei anlässlich der durchgeführten Informationsveranstaltungen zum Ausdruck gekommen. Sie habe feststellen können, dass der Friedhof für die Bevölkerung etwas ausserordentlich Wichtiges sei. Darum sei der Gemeinderat bestrebt, die Wünsche der Bevölkerung in die Planung und Gestaltung aufzunehmen. Der ursprünglich einmal ins Auge gefasste günstigere Verbesserungsvorschlag (leicht abgeschrägte Urnenbodennischenplatten) sei gestalterisch auch nicht befriedigend. Für die Urnenwände sollen vorgefertigte Elemente verwendet werden. Der Gemeinderat habe sich am bestehenden Erscheinungsbild orientiert. Es solle auch zu den roten Sandsteinplatten zurückgekehrt werden. Die Verwendung der jetzigen am Boden liegenden Platten sei geprüft worden. Ohne teure Anpassungen sei dies jedoch nicht möglich. Ausserdem seien bereits jetzt einige Inschriften verwittert und nachgraviert worden.

Zum Gemeinschaftsgrab erläutert sie, dass die in der Vorlage abgedruckten Fotografien Muster darstellen würden. Es seien in der Detailplanung noch kleinere Abweichungen möglich und wahrscheinlich. Beim Gemeinschaftsgrab habe sich der Gemeinderat auf das absolut Notwendige beschränkt. Aber es solle eine gemeinsame Inschriftenplatte geben, in der die Namen der Verstorbenen auf Wunsch der Hinterbliebenen eingraviert werden könnten. Dies sei in einer Zeit der zunehmenden Anonymisierung vielen Menschen wichtig. Auch wenn der genaue Bestattungsort den Angehörigen nicht bekannt sei, so soll ihnen doch die Möglichkeit geboten werden, Blumenschmuck auf zwei speziellen Steinplatten abzulegen. Dies solle in der Nähe der Ruhebänke geschehen. Das Gemeinschaftsgrab werde auf beiden Seiten durch Bäume eingegrenzt. Dies ergebe, durch Verwendung der heimischen Säulenhainbuche, optisch den Eindruck einer Allee. Der Baum sei anspruchslos und bedürfe keiner aufwendigen Pflege. In die Anlage werde das Mandala, welches der Gemeinde Allschwil geschenkt wurde, integriert.

Zum Urnengrab im Hain führt sie aus: Im Friedhofskonzept, welches vom Einwohnerrat am 13.10.1999 zur Kenntnis genommen wurde und entsprechend auch im neuen Friedhofsreglement, welches in diesem Jahr beraten und angenommen wurde, sei das Urnengrab im Hain festgelegt worden. Diese Gräberart verursache praktisch keine Pflege, dies entspreche einem heutigen Trend. Der Gemeinderat rechne darum mit einer steigenden Zahl von Urnenbestattungen. Zum Urnengrab im Hain gebe es noch keine grossen Erfahrungen. Immerhin gebe es in Lungern, Bern und Hamburg ähnliche Gräber. Am meisten Informationen habe man von Chur bekommen. In Chur gebe es seit 1997 ein „Grabmal im Rasenfeld“. Dies werde sehr gerne in Anspruch genommen. Das Projekt in Allschwil sehe vor, dass einzelne Steinsockel in drei verschiedenen Höhen und drei verschiedenen Steinarten im Rasenfeld

gesetzt werden sollen. Die unterschiedlichen Dimensionen der Sockel sollen verhindern, dass der Eindruck eines „Soldatenfriedhofes“ entstehe. Über die Anzahl der pro Sockel beizusetzenden Urnen bestünde noch Diskussionspielraum. Kalkuliert habe man zurzeit mit 2 Urnen. Die Fläche reiche für rund 300 Sockel. Diese sollen in Tranchen von rund 63 Sockeln gesetzt werden. Dies hänge davon ab, wie gross das jeweilige Feld sei, auf welchem man die Sockel setze. Ein neues Feld werde erst eröffnet, wenn das vorhergehende ganz belegt sei. Von jedem Sockeltyp würden 20 Stück gesetzt und bei jedem Sockeltyp je drei pro Steinart. Die Abrufung des Verpflichtungskredites solle in einzelnen Tranchen vorgenommen werden. Zurzeit gehe man von 20 Bestattungen pro Jahr aus. In diesem Fall müssten im Jahr 2006 CHF 69'300 für 63 Gräber kalkuliert werden, welche bei jährlich ca. 20 Bestattungen für ca. 3 Jahre genügen würden. Dies würde heissen, dass jeweils in den Jahren 2006, 2009, 2012, 2015 und im 2018 Grabstätten eingerichtet werden müssten. Im Jahr 2009, wenn die nächste Tranche von CHF 69'000.-- fällig würde, hätte man jedoch auch schon 20 x CHF 520.-- eingenommen. Der Betrag von CHF 520.-- sei aber zurzeit auch nur eine Annahme, dies sei nochmals genau zu kalkulieren. Langfristig werde das Urnengrab im Hain keine Mehrkosten verursachen, sondern Einnahmen erbringen. Der Gemeinderat habe bereits in der Investitionsrechnung 2006 den Betrag von CHF 99'000.-- als erste Tranche eingestellt. Der Gemeinderat möchte die Gelegenheit haben, das Projekt jederzeit den Bedürfnissen anzupassen. Aus diesem Grund soll das Urnengrab im Hain nur etappenweise realisiert werden. Die Urnengräber im Hain würden klarerweise die Nachfrage nach den Urnennischenwänden entlasten. Im Jahr 2004 habe man insgesamt 111 Urnenbestattungen gehabt. Aufgrund dieser Erfahrungen kalkuliere man mit ca. 40-50 Bestattungen für das Gemeinschaftsgrab, rund 20 in bestehende Gräber und rund 50 in der Urnennischenwand und im Hain. Insgesamt könne man mit der Wand 360 neue Gräber schaffen, dies reiche nur etwa 7 Jahre. Mit den bestehenden Wänden dürfe man auch in Zukunft nicht unumschränkt rechnen. Diese Wände weisen Sanierungsbedarf auf. Bis ins Jahr 2010 würden von den alten Wänden 192 Gräber aufgehoben. Diese stünden dann, eventuell nach einer Sanierung, wieder zur Verfügung.

Hans-Peter Frey, FDP-Fraktion, führt aus, dass sich mit der jetzigen neuen Vorlage mit den beantragten Krediten von rund CHF 750'000.-- die Kosten des Friedhofskonzepts auf rund CHF 2,1 Mio. belaufen. Im Oktober 1999 habe man eine Vorlage beraten, heute sei man, mit den beantragten CHF 750'000.--, wieder am Anfang. Anno 1999 habe man mit dem Konzept offenbar doch keinen „Hüftschuss“ gemacht, auch wenn im Bericht der Geschäftsprüfungskommission der damalige Departementsvorsteher und die damalige VPK „schlecht wegkommen“. Heute sei man vom Projekt und vom Umfang her wieder gleich weit. Die Vorlage sei nach Ansicht der FDP-Fraktion nachzubessern. Es habe etliche Sachen, bei denen noch eine detaillierte Nachbearbeitung notwendig sei. Die Urnenwand sei soweit aber unbestritten. Beim Detail zum Gemeinschaftsgrab würden die Unsicherheiten schon beginnen. Auch dort müsse man unbedingt versuchen, die Kosten zu minimieren und den Unterhalt in einem vernünftigen Rahmen zu halten. Auch für die Inschriften der Verstorbenen gebe es sicher andere Möglichkeiten als die vorgeschlagenen Granitplatten. Wenn jemand wirklich mehr als ein schlichtes Gemeinschaftsgrab wolle, gebe es immer noch die Möglichkeit einer Urnennischenwand. Weiter sei zu den Urnengräbern im Hain zu sagen, dass man die ähnlichen Vorschläge der VPK anno 1999 belächelt habe. Heute würden sie wieder präsentiert. Gemeinderätin Saskia Schärer habe ausdrücklich gesagt, dass man bis jetzt noch fast keine Erfahrung habe. Der beantragte Kredit von CHF 330'000. — plus 10% Zusatz sei doch erheblich. Es gehe hier ausserdem um einen Zeitraum von 16,5 Jahren. Es sei fraglich, ob der kalkulierte Betrag von CHF 520.-- adäquat sei. Ausserdem wolle man flexibel auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren, etc., etc. Aus diesen Überlegungen sei die FDP-Fraktion der Meinung, dass man zunächst einen Kredit für ca. 5 Jahre bewillige. Dann habe man erste Erfahrungen und könne entsprechend weiterplanen. Er halte es nicht für sinnvoll, heute einen Kredit über den Betrag von CHF 330'000.-- für einen solch langen Zeitraum zu genehmigen. Aus diesem Grunde werde die FDP-Fraktion jeden Rückweisungsantrag aus dem Rat unterstützen.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, vertritt die Ansicht seiner Fraktion. Man habe sich sehr intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Das Thema sei speziell und rufe zu grosser Vorsicht. Es

gehe um ein Geschäft mit total CHF 750'000.-- und mit drei verschiedenen Grabtypen. Der Bericht erwähne eine viel günstigere Variante bei der Urnennischenwand ohne nähere Erläuterungen. Man wolle ein Grabfeld im Hain einführen, was die CVP zum grossen Teil ablehne und welches eine Kreditverpflichtung von über 16 Jahren zur Folge hätte. Vor allem vor dem Hintergrund, dass man noch keine Erfahrung mit diesem Konzept habe, wolle er dem Gemeinderat keine carte blanche darüber erteilen, ob das Geld letztlich ausgegeben werde oder nicht. Es seien doch noch einige Fragen offen. Hier bestehe dringender Erklärungsbedarf. Es sei also ein Geschäft, welches zwingend zunächst zur Vorberatung an die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zu überwiesen sei. Der Einwohnerrat sei nicht der richtige Ort, Detailfragen zum Projekt zu stellen. Dafür habe man die vorberatende Kommission mit der Teilnahme der entsprechenden Fachleute aus der Verwaltung. Das Geschäft sei auch datiert mit 17.08.2005, es sei also nicht einmal einen Monat alt. Aus diesem Grund beantrage die CVP-Fraktion die Überweisung an die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen. Eine echte Zeitnot bestehe nicht. Auch im Hinblick auf die Kosten sei dies unbedingt notwendig.

Iris Zihlmann-Glanzmann, Einwohnerratspräsidentin, nimmt den Ordnungsantrag entgegen und bittet den Rat nun, nur zum Ordnungsantrag Stellung zu nehmen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, nimmt namens seiner Fraktion Stellung. Man sei der Auffassung, dass die ersten zwei beantragten Projekte beschlussreif seien. Bezüglich des dritten Projekts, dem Grabfeld im Hain, gehe man mit der CVP-Fraktion und der FDP-Fraktion einig, dass dieses so nicht bewilligt werden dürfe. Allerdings sei die SP/EVP-Fraktion gegen den Überweisungsantrag, da die ersten zwei Projekte genehmigungsreif seien. Das Projekt wolle man ablehnen, damit der Gemeinderat dieses nochmals überarbeiten könne. Kritisiert werde hier, dass es an einer Bedürfnisanalyse fehle, bemängelt werde auch die Ungenauigkeit. Zum Beispiel sei die Rede von 40 – 60 Gräbern, allenfalls 90. Diese Ungenauigkeiten dürften auf keinen Fall akzeptiert werden, dies erinnere ihn stark an die Situation „Friedhofserweiterung“. Man solle aber in jedem Fall die ersten beiden Projekte realisieren, damit man endlich von den „Urnensbodenmassengräbern“ weg- und zurück zu den ursprünglich geplanten und bewährten Urnennischenwänden komme. Eine Rückweisung solle man daher in keinem Fall machen. Demnach seien die ersten beiden Projekte gutzuheissen und das dritte abzulehnen.

Hans-Peter Frey, FDP-Fraktion, empfiehlt den Räten die gesamte Vorlage an die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zu überweisen. Es mache keinen Sinn, die Vorlage aufzusplitten. Man müsse das Gesamtkonzept nochmals überdenken, vielleicht würden sich daraus projektübergreifende Anpassungen ergeben. Auch zeitlich liege eine Vorberatung noch im Rahmen.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, schliesst sich dem Votum des Vorredners an. Es erstaune ihn, dass gerade der Präsident der Geschäftsprüfungskommission das Geschäft aufsplitten möchte. Man müsse das Projekt im Gesamtzusammenhang sehen. Es bestehe sonst die Gefahr, dass man ansonsten das Gesamtprojekt aus den Augen verliere. Auch wegen der finanziellen Konsequenzen sei eine Vorberatung dringend notwendig.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, führt aus, dass sich auch seine Fraktion intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Das Urnengrab im Hain sei in seiner Fraktion nicht genehmigungsfähig. Er halte die Überweisung an die VPK für eine salomonische Lösung. Eine Aufsplittung sein nicht opportun.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, erläutert ergänzend, dass die eben angesprochene günstigere Variante der Urnennischenwand wegen der Reaktionen in der Bevölkerung nicht mehr zur Diskussion stehe. Im Übrigen verwehre sie sich dagegen, dass man nicht genügend Informationen über das Gesamtprojekt habe. Sie habe anlässlich einer Einwohnerratssitzung das gesamte Projekt anhand von Folien dargelegt. Sie sehe auch keinen Grund dafür, dass die drei Projekte unbedingt miteinander verknüpft werden müssten. Es bestehe ein grosser Zeitdruck, die Kapazitäten seien ausgeschöpft. Bei den

Bodennischen würden seit geraumer Zeit aus Kostengründen keine Gravuren mehr vorgenommen, lediglich Klebbänder mit den Namen würden angebracht werden. Man habe in der Verwaltung extrem intensiv an der Vorlage gearbeitet, dies alles wegen dem Zeitdruck. Man müsse unbedingt heute Abend einen Entschluss fassen, damit man zumindest die Urnennischenwand bauen könne.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, wünscht dem Friedhof Frieden. Den Angehörigen wünsche er Gewissheit darüber, wo die Verstorbenen ihre letzte Ruhestätte finden werden. Schon in der Urvorlage von 1999 sei eine Urnennischenwand und ein Gemeinschaftsgrab vorgeschlagen worden. Dies sei also nichts Neues. Was hier statffinde, sei die Nachbesserung eines in der Vergangenheit unsicheren Umgangs mit der Urvorlage und der Friedhofserweiterung. Er sei der Meinung, dass eine Überweisung nicht nützlich sei, er schliesst sich der Auffassung von Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, an.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Ansicht, dass man hier nicht übereilt handeln sollte. Das vorgelegte Projekt halte er gestalterisch für nicht gelungen. Es sehe aus wie ein „Schrottplatz“. Die Haingräber seien „scheusslich“. Er hält es für sinnvoll, wenn die Kommission die Vorlage nochmals berate. Es gehe doch um sehr viel Geld. Seine Fraktion schliesst sich den Anträgen der CVP-Fraktion und der Ansicht der FDP-Fraktion an.

://:

Das Geschäft 3622 wird **mit 21:17 Stimmen** zur Vorberatung an die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen **überwiesen**.

INFOFENSTER des Gemeinderates

Roman Meury, Departementsvorsteher-Stv. Tiefbau, informiert über die Situation mit den Betonplatten des Friedhofsplatzes. Einige dieser Platten hatten sich in der Vergangenheit gehoben. Man habe nicht exakt die Ursache herausfinden können. Man habe sich letztlich auf einen Kostenteiler zwischen der Erstellerfirma und der Gemeinde als Projektverantwortliche einigen können. Man habe dadurch einen Rechtsstreit vermeiden können und sich auf eine Teilung der Kosten 1/3 Gemeinde (ca. CHF 2'500.--) und 2/3 Unternehmer (ca. CHF 5'000.--) geeinigt. Die Vereinbarung sei am 16. Juni 2005 getroffen worden. Ca. 2 – 3 Wochen später wurde seitens des Unternehmers ein Konstruktionsvorschlag (Verstärkung der Platten/zusätzliche Armierungseisen) gemacht, der das Risiko einer erneuten Hebung quasi ausschliesse. Diesem Vorschlag habe man zugestimmt, wobei die Zusatzkosten für diese Arbeiten zu Lasten der Gemeinde gingen. Man habe neun Platten neu gegossen und ausgewechselt. Die Mehrkosten würden sich auf CHF 300.--/Platte belaufen. Damit würden sich letztlich die Totalkosten von Mängelbehebung und Neukonstruktion zu je CHF 5'000.-- auf Gemeinde und Unternehmer aufteilen.

107 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission
 12.200 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau

11. Interpellation der Geschäftsprüfungskommission vom 25.05.2005 betreffend Umsetzung des Friedhofskonzeptes Geschäft 3606

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, beantwortet die Fragen, da sie in diesem Geschäft die Stellvertretung für den Tiefbau übernimmt.

1. Wie sieht das aktuelle Friedhofgestaltungskonzept aus?

Das aktuelle Friedhofkonzept basiert auf dem von der Planergemeinschaft Egger AG und R. Aepli vorgelegten Gestaltungsplan, welchen der Einwohnerrat am 13. Oktober 1999 zur Kenntnis genommen hat. Wesentliche Merkmale waren:

- offenere Anordnung der einzelnen Grabfelder
- Erstellung der bogenförmigen Kante mit Terrainanhebung und Urnennischenwänden, die den räumlichen Abschluss gegen Frankreich bilden sollten
- Erstellung eines Gemeinschaftsgrabes

Die weiteren Planungsarbeiten wurden in der Folge vom Büro David & von Arx ausgeführt und dem Gemeinderat am 31. Oktober 2001 vorgestellt. Wesentlich war:

- der Verzicht auf die Kante, Terrassierung des Hains
- die Planung der Urnennischenwände neu entlang des Rauracherweges
- die Erstellung eines Besinnungsplatzes, bestehend aus Pappelfeld und einer Wasserwand
- als Verbindung zwischen Besinnungsplatz und Kapelle: Rankbögen
- die Erstellung von Urnennischenwänden entlang des Römerweges nach Aufhebung der dortigen Gräber

Im November 2002 wurde das Konzept insofern geringfügig überarbeitet, als auf die geplanten Rankbögen verzichtet wurde und diese durch eine Baumallee ersetzt wurden. Diese Änderungen wurden dem Gemeinderat nicht mehr vorgelegt.

2. Welches Vorgehen ist geplant, um die Gestaltung des bisherigen Friedhofareals dem neuen Konzept anzupassen?

Diese Frage wird weitgehend beantwortet durch die Vorlage und die eben geführte Diskussion betreffend Urnennischenwand, Gemeinschaftsgrab und Urnengrab im Hain.

Auf die Ausführung der Baumallee soll aus Kostengründen in den nächsten Jahren verzichtet werden, da diese lediglich ein gestalterisches Element beinhaltet, jedoch nicht notwendig ist.

3. Wann werden welche Teile des bisherigen Friedhofareals umgestaltet?

Geplant ist das Gemeinschaftsgrab und die Urnennischenwände im Winter/Frühjahr 2005/2006, das Urnengrab im Hain: ab 2006 fortlaufend, bis alle Sockel versetzt sind. Der Zeitplan nach dem heutigen Entscheid ist nicht abschätzbar. Vorerst sind keine weiteren Bauten auf dem Friedhof geplant.

Aber gestalterische Anpassungen bei Aufhebungen von Gräbern (Ziel: Parkähnlicher Charakter) solle das Gestaltungskonzept mit Grünflächen durchsetzen.

4. Welche Kosten entstehen daraus?

Hier bildet die Vorlage das Plafond. Da keine weiteren Bauten zurzeit geplant sind, stellen die in der Vorlage genannten Kosten das Kostendach dar.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, als Präsident der interpellierenden GPK ergreift das Wort. Er stellt fest, dass die Fragen nicht oder unzureichend beantwortet worden seien. Er erinnert daran, dass dem Einwohnerrat lediglich ein DIN A3 Plan des Büros von Arx vorliege. Etwas Genaueres wisse man nicht, und man habe auch mit der jetzigen Antwort auf die Interpellation nicht mehr erfahren. Man habe Fragen zum bisherigen Friedhofsareal gestellt, die Antworten seien aber auf das Urnengrab im Hain und die Friedhoferweiterung bezogen gewesen. Die Fragen zur Gestaltung des bestehenden Friedhofareals seien nur sehr summarisch beantwortet worden. Die GPK möchte anderen die Möglichkeit geben, sich dazu zu äussern und verlangt die Diskussion.

DISKUSSION wird beschlossen.

Keine Wortmeldungen

108 06.050 Feuerwehr

**12. Bericht des Gemeinderates vom 08.06.2005 betreffend
Abrechnung über einen Verpflichtungskredit
in Höhe von CHF 900'000.-- für die Beschaffung eines
Modulfahrzeuges und eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges
Geschäft 3290B**

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, freut sich, eine positive Abrechnung präsentieren zu können. Die Fahrzeugflotte der Feuerwehr Allschwil entspreche jetzt einem modernen Standard. Angeschafft worden sei ein Kombifahrzeug und ein Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF). Das Kombifahrzeug habe ca. CHF 392'000.-- gekostet, das HLF ca. CHF 674'000.--. Davon wurden verschiedene Abzüge gemacht: Eintauschgutschriften und Subventionen. Letztlich sei noch ein Betrag von CHF 717'363.30 verblieben. Damit schliesse man mit ca. CHF 182'000.-- weniger Kosten ab, als der Kredit vorgesehen habe. Die beiden Fahrzeuge hätten sich in der Vergangenheit bereits bewährt. Im vergangenen Sommer seien zwei Grosseinsätze notwendig gewesen. Am 29.06.2005 habe man 15mal ausrücken müssen und am 29.07.2005 nach dem schlimmen Hagelfall habe die Feuerwehr 29mal ausrücken müssen. Alle Einsätze seien zur absoluten Zufriedenheit der Feuerwehr Allschwil verlaufen.

EINTRETEN unbestritten

DETAILBERATUNG

Josua Studer, SVP-Fraktion, ist erfreut darüber, dass die Beschaffung der neuen Feuerwehrfahrzeuge sehr günstig ausgefallen sei. Man habe sehr gute Fahrzeuge eingekauft. Er erinnert daran, dass der Einwohnerrat vorgängig die Möglichkeit gehabt hatte, die Produktionsstätte der Fahrzeuge zu besichtigen. Leider hätten nur wenige Einwohnerräte die Chance genutzt. Dies habe ihn enttäuscht. Bei der Herstellerfirma habe man gesehen, wie die Fahrzeuge konzipiert und produziert werden und auch, dass sie ein sehr gut gestaltetes Gebäude haben. Er ist der Ansicht, dass ein ähnliches Gebäude und Gestaltungskonzept auch etwas für das neue Feuerwehrdepot wäre. Zu den schönen und modernen Fahrzeugen gehöre auch ein anständiges Feuerwehrgebäude. Er schäme sich für die jetzige Bruchbude.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, sei zum Zeitpunkt des Bewilligungsentscheides zwar noch nicht im Einwohnerrat gewesen, habe aber alles in der Zeitung verfolgt und sei von seinen jetzigen Fraktionskollegen informiert worden. Er habe gestaunt, wie der Entscheid damals zustande gekommen sei. Damals sei es wichtig gewesen, dass der Einwohnerrat Mut gezeigt und den Kreditbetrag spontan erhöht habe, so dass der Wechsel zu den beiden heutigen Fahrzeugen in einem Zuge möglich geworden sei. Er hoffe, dass der Einwohnerrat auch in Zukunft den Mut habe und die Vorlagen des Gemeinderates kritisch hinterfrage um allenfalls spontan nach unten oder oben zu korrigieren. Diesen Mut habe der Einwohnerrat aber leider in der heutigen Debatte nicht gezeigt. Seine Fraktion sei mit dem Abrechnungsergebnis mehr als zufrieden und nehme dankend von der Vorlage Kenntnis.

Hans-Peter Frey, FDP-Fraktion, kann sich auch noch gut an die damalige Sitzung erinnern. Heute würden sich alle darüber freuen, wie gut man damals entschieden habe. Der Einwohnerrat zeige immer wieder Mut. Auch heute noch. Man habe auch heute richtige Entscheide gefällt. Dies zeige, dass man die vorhandenen Mittel überlegt und richtig einsetze. Er sei überzeugt, dass man in ein oder zwei Jahren ebenso zufrieden mit dem Ergebnis und der Abrechnung des heute an die VPK überwiesenen Geschäftes sei.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, will sich nicht rühmen, dass man Steuergelder verbraucht habe. Seit der Sanierung des Hallenbades sei es das erste Mal, dass man einen Kredit nicht voll

ausgeschöpft oder sogar überzogen habe. Er nehme die Abrechnung daher mit einer gewissen Zufriedenheit zur Kenntnis, dass diesmal der Kredit unterschritten worden sei.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, ist auch erfreut über die Abrechnung. Bei diesem Geschäft habe alles gestimmt. Wichtig sei auch, dass der Einwohnerrat nicht nur „Ja“ zu zwei neuen Fahrzeugen gesagt habe, sondern auch „Ja“ zu einem neuen Konzept. Man habe mehrere Fahrzeuge gegen zwei neue eingetauscht. Diese Modulfahrzeuge hätten sich bereits bestens bewährt. Man könne jeweils die benötigten Module an einem Einsatzort abladen, um dann zum nächsten zu fahren und so fort. Man sei sehr effizient gewesen. Dies sei bei der Bevölkerung sehr gut angekommen. Er erinnert daran, dass die Feuerwehr Allschwil soeben bei der Hochwasserkatastrophe im Verkehrshaus Luzern gewesen sei. Sie habe dort mit der sehr leistungsfähigen Löschwasserpumpen Hilfe leisten und die dortigen Kulturgüter schützen können. Dies habe sich gelohnt, die Gemeinde Allschwil könne sehr stolz darauf sein. Er hoffe sehr, dass der Einwohnerrat dann auch in Bezug auf das neue Feuerwehrgebäude grosszügig sein werde.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, führt aus, dass der Gemeinderat heute betreffend dem neuen Feuerwehrmagazin einen Beschluss gefasst habe. Es bestehe eine Wettbewerbsidee im Rahmen des Projekts „Zentrum 2000“. Heute habe man, nach genauen Abklärungen, festgestellt, dass das Wettbewerbsprojekt nach wie vor Gültigkeit habe. Damit sei auch der planende Architekt gegeben, es sei der gleiche, der auch das Gemeindezentrum geplant habe. Man habe auch eine vorberatende Kommission bestimmt. Sie bestehe zur Hälfte aus Personen aus dem Sicherheitssektor, inklusive Gemeinderätin Saskia Schärer, sowie zur anderen Hälfte aus Vertretern der Abteilung Hochbau/Raumplanung. Im Spätherbst wolle man mit dem Architekten die Planung aufnehmen, damit man mit einer Vorlage an den Einwohnerrat gelangen könne.

://:

Die Schlussabrechnung über die Verwendung eines Verpflichtungskredites für die Beschaffung eines Modulfahrzeuges und eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges in der Höhe von CHF 717'363.30 wird **einstimmig zur Kenntnis genommen und genehmigt**.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, stellt einen Rückkommensantrag in Betreff auf die Interpellation 3606, Friedhofkonzept. Er möchte noch etwas dazu sagen.

://:

Dem Rückkommensantrag wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, führt aus: Er begreife nicht, was der „High-Tech-Weiher“ auf dem Friedhof solle. Er sei schon von mehreren Einwohnern darauf angesprochen worden. Darauf hätte man verzichten können. Man wolle sich doch besinnen, eventuell etwas beruhigen. Früher, im alten Weiher, hätte man den Fischen zuschauen können. Das habe einen beruhigt. Es sei ihm auch klar, dass man kein Biotop bauen können, aber im Sinne seines Votums solle man etwas verändern. Dies sei „für Fische und Leute“ gut.

109 02.010 Sozialhilfe- und Pflegeinstitutionen
 02.011 Alter / Altersheime

**13. Bericht des Gemeinderates vom 17.08.2005 betreffend
Pflegehwohnungen in Allschwil (Postulat von M. Wagner, SP-Fraktion,
vom 21.01.2004) Geschäft 3499A**

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, spricht die Problematik des Altwerdens an. Wo fange das Alter an? Heute spreche man vom jungen Alter, dem so genannten „dritten Lebensalter“, von 65 -79 Jahren. Heute komme noch ein weiteres dazu: das vierte Lebensalter

ab 80 Jahren. Es gebe viele Statistiken, welche die demographische Entwicklung beobachten und den Bedarf an Alterswohnungen und Betreuung prognostizieren. Die meisten malen ein negatives Bild. Es gebe aber eine Gegenstudie der Universität Genf, die aussage, dass man heute länger bei guter Gesundheit lebe. Zwischen 1992 und 2002 habe sich die Lebensdauer bei guter Gesundheit nach dem Alter 65 für Männer von 10.4 auf 12.3 Jahren und für Frauen von 11.4 auf 13.3 Jahre erhöht. Heute leben die Menschen also länger, sind aber auch länger gesund. Rund 60% der älteren, pflegebedürftigen Menschen würden heute von Verwandten oder daheim von der Spitex betreut. Auch in Zukunft werde die familiäre Solidarität, so die Studie, nicht besonders abnehmen. Nur ca. 40% aller pflegebedürftigen Personen würden in Pflegeeinrichtungen leben. Allschwil leiste mit Spitex, Betagtenhilfe, Tagesstätte und den Beiträgen für die Pflege zu Hause einen grossen Beitrag, damit die Menschen ihren Stil und ihre gewohnte Lebenshaltung beibehalten und so lange als möglich daheim leben können. Aber auch für diejenigen, welche ins Altersheim gehen wollen oder müssen, leiste die Gemeinde Allschwil einen grossen Beitrag an das Alterszentrum. Zurzeit baue man den Erweiterungstrakt, so dass 49 weitere Plätze geschaffen werden. Mit dem medizinischen Fortschritt und den spitalexternen Diensten sollten die 199 Plätze für die nächsten Jahre ausreichen. Man werde die Entwicklung jedoch weiterhin aufmerksam verfolgen und bedarfsgerecht reagieren. Der Bau und Betrieb der von der Postulantin angeregten Pflegewohnungen seien nach Ansicht des Gemeinderates nicht Aufgabe der Gemeinde. Hier könnten und müssten private Trägerschaften aktiv werden. Zurzeit sei die Warteliste im Alterszentrum nicht sehr gross. Allerdings schwanke dies auch relativ stark. Die Pflegewohnungen sollten das Alterszentrum nicht konkurrenzieren.

EINTRETEN unbestritten

DETAILBERATUNG

Juliana Weber-Killer, SP/EVP-Fraktion, geht davon aus, dass sich die Anzahl der Betagten in den nächsten Jahren fast verdoppeln werde. Man gehe davon aus, dass in 25 Jahren im Kanton Basel-Landschaft der Höchststand von 78'000 Rentnerinnen und Rentnern erreicht sei. Dies entspreche rund 30% der Gesamtbevölkerung. Gemäss Geschäftsbericht 2003 des Gemeinderates rechnet die Gemeinde Allschwil bis ins Jahr 2020 mit einem Bettenbedarf von 300 Plätzen für Pflegebedürftige. Die 199 Betten seien also zu wenig. In Allschwil würden sich nicht genügend Plätze befinden. Sie sehe auch nicht ein, warum der Betrieb von Pflegewohnungen nicht zu den Kernaufgaben der Gemeinde gehören soll. Es handle sich schliesslich um ein Drittel der Bevölkerung. Es seien Wohnformen gefragt, bei denen der Mensch zwar noch individuell wohnen, sich aber dennoch auf die betreuende Unterstützung des Kollektivs verlassen könne. Die Pflegewohnungen würden diesem Bedürfnis entsprechen. Die Wohneinheiten von ca. 10 Betagten seien ideal. Ein weiterer Grund sei, dass der Aufenthalt in Alters- und Pflegeheimen immer noch von Vorurteilen geprägt sei. Betreuung in Form von Spitex werde immer noch bevorzugt. Aus all diesen Gründen sei die SP/EVP-Fraktion der Meinung, dass die Gemeinde zeitgemäss ins Alter investieren müsse.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, stellt sich namens ihrer Fraktion voll hinter die Ansicht des Gemeinderates. Die Gemeinde Allschwil habe mit den erwähnten Einrichtungen bereits eine grosse finanzielle Verpflichtung im Bereich der Altersbetreuung. Sofern Private ein solches Projekt ausarbeiten würden, könne die FDP-Fraktion dahinter stehen. Die FDP-Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis.

Karin Käser, SP/EVP-Fraktion, kenne als Pflegefachfrau die heutige Situation. Sie ist der Ansicht, dass die meisten Personen Wohngruppen einem Altersheim vorziehen würden. Oft habe ein Altersheim einen schlechten Ruf. Man suche individuelle Lösungen für die Betagten. Gerade für Demenzkranke seien Wohngruppen die bessere Lösung, dies sei erwiesen. Die demenzkranken Personen hätten damit eine viel höhere Lebensqualität.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, hält für Demenzkranke Wohngruppen auch für sinnvoller als Altersheime. Sie sei dafür, dass man in Allschwil mit der Zeit dezentral einige Pflegewohnungen errichten soll. Diese würden keine Konkurrenz zum Altersheim darstellen, nur eine Ergänzung.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, hält die Diskussion um die Qualität der Betreuung im Altersheim für falsch. Das Altersheim sei eine gute Einrichtung. Die Betreuung sei sehr gut. Auch bei Demenzkranken. Sie habe Mühe mit den Vorurteilen. Sie fordert die Einwohnerräte auf, sich über die Situation persönlich ein Bild zu machen. Auch im Altersheim gebe es einzelne Betreuungsgruppen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass man nicht nur einzelne Aspekte einer Studie zitieren solle. Er kenne die Studie aus Genf aber nicht. Es sei tatsächlich so, dass die Menschen immer älter werden. Dies sei aber so, weil die medizinische Versorgung auch immer besser werde. Darum müsse man schauen, dass in Allschwil genügend Pflegeplätze zur Verfügung stünden. Er wisse aus erster Hand, dass Kliniken in Basel Schwierigkeiten hätten, Pflegeplätze zu finden. Die Pflegebedürftigen würden wertvolle Spitalbetten besetzen. Darum sei er der Meinung, dass genug Pflegeplätze und Pflegewohnungen in Allschwil angeboten werden müssten. Er sehe hier keine Konkurrenz gegenüber dem Altersheim.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, weiss von einem Fall zu berichten, bei dem eine an Alzheimer erkrankte Person in der Wohngruppe viel besser betreut werden können als im Altersheim. Sie halte Pflegewohnungen *und* Altersheim nebeneinander für eine optimale Lösung.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, geht in soweit mit dem Gemeinderat einig, dass der Betrieb einer solchen Institution nicht Aufgabe der Gemeinde sei. Aber die Initiierung könne sehr wohl von der Gemeinde ausgehen. Die Rahmenbedingungen müsse die Gemeinde schaffen, dies sei eine Kernaufgabe. Im Rahmen der Diskussion um die Altersheimerweiterung im Einwohnerrat sei damals angeführt worden, die Erweiterung genüge für ca. 10 Jahre. Es sei also richtig, dass kurzfristig das Angebot ausreiche, mittelfristig seien jedoch schon wieder neue Lösungen gefragt. Die Lösung der Pflegewohnungen sei mittelfristig sicher ein guter Ansatz. Aus diesem Grund sei er dafür, das Postulat nicht abzuschreiben.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, meldet sich als ehemaliger Departementsvorsteher Soziale Dienste zu Wort. Er hält es für unglaublich, was heute Abend in der Diskussion mit dem stolzen Alterszentrum gemacht werde. Es sei für die ganze Region ein Vorzeigeobjekt, sogar über den Kanton hinaus. Offenbar fehle es hier an Wissen. Man habe eine Bezugspflege mit Gruppen von 10 Personen im Alterszentrum. Die Personen würden gemeinsam essen und gemeinsam betreut. Die Bezugspflege bestehe auf jedem Stock und in jeder Abteilung. Für die dementen Personen gebe es eine spezielle Station mit speziell ausgebildetem Personal – dies sei einzigartig im ganzen Kanton. Das Alterszentrum habe einen unglaublich hohen Standard, man würde alle Qualitätsmassstäbe erfüllen. Ein anderer Punkt sei der Begriff der Pflegewohnungen: es gebe die Pflegestufen 1,2,3 und 4 und zwar stationär, nicht mehr möglich über Spitex. Die Gemeinde erfülle in Zusammenarbeit mit dem Alterszentrum diese Aufgabe, dazu habe sich auch der Einwohnerrat bekannt. Mit 199 Betten könne man den Bedarf mindestens bis ins Jahr 2012 abdecken, unabhängig von irgendeiner Statistik. Es mache aber keinen Sinn, bereits jetzt über das Jahr 2012, sogar bis ins Jahr 2020 hinein zu planen. Im Jahr 2012 eine Standortbestimmung vorzunehmen, sei ausreichend. Dann könne man immer noch entscheiden, wie es im stationären Bereich weitergehen soll. Man sei jetzt einfach etwas früh mit dem Postulat. Er vergleiche den Wunsch der Postulantin mit der Institution in Binningen. Dort stehe die Kostenfrage aber immer im Vordergrund. Er zweifle aber daran, dass dadurch tatsächlich Kosten gespart werden könnten. Im Jahr 2012 oder 2020, wenn der Entscheid anstehe, könne ja auch die Stiftung Alterszentrum Träger eines zweiten Alterszentrums sein. Hier werde jetzt mit einem Begriff „Pflegewohnungen“ operiert, unter dem sich vielleicht alle etwas anderes vorstellen. Zu den angesprochenen Statistiken: Man wisse nie, ob eine Statistik wirklich stimme. Man könne nicht sagen, ob in Zukunft tatsächlich wegen der besseren medizinischen Versorgung und der ausgebauten Spitex-Pflege weniger Bedarf an stationären Pflegeplätzen besteht. Es sei viel verantwortungsbewusster, im Jahr 2012 oder später eine genaue Standortanalyse zumachen. Übrigens müsse eine solche neue Institution zuerst auf die Spitalliste kommen, um öffentliche Gelder zu erhalten. Dies beschliesse aber allein der Kanton,

sicher nicht die Gemeinde. Erst dann könne man Gelder auszahlen. Zurzeit zahle man 1,8 Millionen Franken jährlich an Pflegekostenbeiträgen an das Alterszentrum. Alles in allem müsse man heute also subtil entscheiden.

Für **Verena Meschberger**, SP/EVP-Fraktion, hat der Gemeindepräsident gerade selber das Argument für den Antrag von Thomas Pfaff geliefert. Das Postulat sei überwiesen worden und es sei ein Bericht darüber geschrieben worden. Wenn man es jetzt abschreibe, dann sei es „vom Tisch“. Der Gemeindepräsident habe das Thema aber als immerhin diskussionswürdig betrachtet. Daher stelle auch sie den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat stehen lasse. Im Rahmen der Beratungen zum Geschäftsbericht könne man dann immer noch über darüber diskutieren, ob es stehen bleibt oder abgeschrieben wird.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, betont nochmals, dass er aus erster Hand wisse, dass Basel dringend Pflegestätten suche. Es gebe keine Plätze, dies sei eine Tatsache und keine Statistik.

Aus diesem Grunde schaffe man 49 neue Betten, so **Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident.

://:

- a) Der Einwohnerrat nimmt von der obigen Darstellung Kenntnis.
- b) Das Postulat Nr. 3499 wird **mit 20:17 Stimmen als erledigt abgeschrieben.**

Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, beendet die Sitzung um 21.10 Uhr.